

**Tagung: Integration heißt demokratische Teilhabe 15. – 16.10.2018 in Berlin**  
**Impulsvortrag: Integration braucht politische Partizipation, Dr. Peyman Javaher-Haghighi**

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind von einer realen politischen Partizipation von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte noch meilenweit entfernt.

Menschen mit Migrationsgeschichte sind in allen politischen Gremien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene unterrepräsentiert. Einige Fakten dazu:

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts lebten im März 2017 insgesamt 19,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Das heißt, ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung (82,6 Mio.) betrug 23,4 %, Tendenz steigend. Nun sehen wir uns mal an, wie es in verschiedenen politischen Entscheidungsgremien aussieht. Im Bundeskabinett hat einzig und allein die Justizministerin Katarina Barley einen Migrationshintergrund, und zwar ist ihr Vater Brite! Auch wenn wir dies als Migrationsgeschichte gelten lassen, wären Menschen mit Migrationshintergrund mit 6,3 % im Bundeskabinett deutlich unterrepräsentiert. Im Bundestag sieht es auch nicht viel besser aus. Nach Angaben des Mediendienstes Integration haben 8,2 % der Abgeordneten Migrationshintergrund. Allerdings ist der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund bei den verschiedenen Parteien sehr unterschiedlich: Linke 18,8 % von 69 Abgeordneten; Grüne 14,9 % von 67 Abgeordneten; SPD 9,8 % von 153 Abgeordneten; AfD 8,7 % von 92 Abgeordneten; FDP 6,3 % von 80 Abgeordneten und CDU/CSU sogar 2,9 % von 246 Abgeordneten.

Der Anteil der Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund hat sich von 2005 (1,5 %) bis 2015 (4,5 %) zwar deutlich erhöht. Allerdings ist dieser Anteil wesentlich geringer als der bei den Bundestagsabgeordneten. Die Situation ist in den Kommunen noch schlimmer: obwohl ca. 27 % der städtischen Bevölkerung Migrationshintergrund haben, ist der Anteil der Stadtratsmitglieder mit Migrationshintergrund lediglich 4 %. D. h., auf kommunaler Ebene, wo die Menschen eigentlich am meisten an Entscheidungen vor Ort und für ihre unmittelbaren Lebensbedingungen beteiligt werden sollten – wenn wir Demokratie nicht nur als Herrschafts-, sondern auch als Lebensform betrachten und den Anspruch der Demokratie als „government of the people, by the people, for the people“ (Abraham Lincoln) ernst nehmen – sind Menschen mit Migrationsgeschichte am meisten von politischen Entscheidungen ausgeschlossen.

Ende 2017 waren laut dem Statistischen Bundesamt rund 10,9 Mio. Personen mit ausschließlich ausländischem Pass erfasst. 59 % von ihnen (5,92 Mio.) stammten aus Staaten außerhalb der EU. Mit anderen Worten: nahezu 6 Mio. Menschen haben als Nicht-EU-Bürger\*innen keinerlei Wahlrecht, nicht einmal kommunales Wahlrecht, obwohl sie zum Teil hier geboren sind oder seit Jahrzehnten hier leben. Das ist ein Demokratiedefizit in Deutschland!

Das Wahlrecht ist aber nur ein Aspekt der facettenreichen politischen Partizipation. Mindestens genauso wichtig ist, wie angedeutet, die Beteiligung der Menschen mit Migrationsgeschichte an Entscheidungsprozessen vor Ort, im Wohnviertel, in der Schule, am Arbeitsplatz etc. Auch diesbezüglich gibt es nach wie vor erhebliche Defizite.

Ein weiteres Beispiel: Es gibt Menschen, die seit Jahren eine Duldung haben, mit einer Aufenthaltsperspektive von 3 bis höchstens 6 Monaten. Es liegt auf der Hand, dass unter solchen Umständen eine Integration unmöglich ist, geschweige denn eine politische Partizipation in irgendeiner Art und Weise.

Nun kommen wir zur Frage: Warum braucht Integration politische Partizipation?

Vorab sei angemerkt, dass der Begriff Integration mittlerweile hoch umstritten ist. Denn der Begriff suggeriert Minderheiten, die sich an eine Mehrheitsgesellschaft anzupassen haben, ohne die gesellschaftlichen Strukturen infrage zu stellen. Deshalb ist der Begriff Inklusion eigentlich passender. Das Problem besteht aber darin, dass Inklusion in Deutschland eher in Bezug auf Menschen mit Handicap verwendet wird. Hier verwende ich aber Inklusion im weitesten Sinne.

Aus meiner Sicht braucht Inklusion aus mindestens vier Gründen politische Partizipation:

1. Nur durch eine reale politische Partizipation ist eine gute Inklusionspolitik möglich, sonst wird über die Köpfe der Betroffenen hinweg über ihr Leben und ihr Schicksal entschieden und das Ergebnis beobachten wir seit Jahrzehnten. Ein Beispiel: Geflüchtete, die sich in der Ausbildung befinden, dürfen in der Regel während ihrer Ausbildung in Deutschland bleiben und danach zwei Jahre hier arbeiten (die sogenannte 3 + 2 Regel). Was danach passiert, ist unklar. D.h. diese Menschen sollen fünf Jahre lang ohne langfristige Lebensperspektive in Deutschland bleiben und sich jeden Tag fragen, was danach passiert.
2. Integrationspolitik in Deutschland – wir können ja hier nicht von Inklusionspolitik sprechen! – braucht einen Paradigmenwechsel, und zwar in zweierlei Hinsicht: a) Gesetze, Vorschriften, Maßnahmen, Planungen sollen auch aus der Sicht der Betroffenen betrachtet werden. b) Paradigmenwechsel von Defizitbetrachtung zur Betrachtung der Inklusion als einer Querschnittsaufgabe. Defizitbetrachtung heißt Migrant\*innen und Geflüchtete werden als Menschen mit Problemen betrachtet (Sprache, Arbeitslosigkeit, patriarchalische Kultur, Verbrechen etc.). In Wirklichkeit ist aber Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Menschen betrifft. Das bedeutet auch: die Mehrheitsgesellschaft soll sich ändern, die bestehenden Strukturen sollen sich ändern.
3. Politische Partizipation erhöht den Respekt, die Akzeptanz und das Ansehen einer Gesellschaftsgruppe. Diejenigen, die kein Wahlrecht haben, sind für Politiker – überspitzt gesagt – uninteressant. Ohne eine starke Lobbyarbeit bleiben Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte mit geringem politischen Einfluss.
4. Politische Partizipation stärkt ebenfalls das Zugehörigkeitsgefühl der betroffenen Menschen. Akteure im Migrationsbereich würden selbstbewusster und motivierter agieren. Sie würden die Ergebnisse ihrer mühsamen alltäglichen Arbeit deutlicher auf der politischen Ebene erfahren.

Eine reale politische Partizipation hat aber einige Voraussetzungen:

- Soziale Bedingungen: spätestens seit den PISA-Studien wissen wir, wie stark die Schulleistungen der Schüler\*innen in Deutschland – und damit ein großes Stück ihrer Lebensperspektive – von ihrem sozialen Status abhängig sind. Damit Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte partizipieren können, soll ihre soziale Lage erheblich verbessert werden.
- Kulturelle Bedingungen: je stärker die Menschen ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln, desto mehr interessieren sie sich auch für politische Geschehnisse hierzulande. Dies hängt aber nicht zuletzt mit dem Abbau von kulturellen Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierungen zusammen. Wer ständig am Rande der Gesellschaft ist und sich entsprechend fühlt, kann sich kaum in politische Angelegenheiten einmischen.
- Politische Bildung: um eine reale politische Wahl zu haben, müssen die Menschen erstmal über verschiedene Alternativen und Lösungsansätze informiert sein. Der Zugang zu Informationen muss enorm verbessert werden. Dazu gehört auch

mehrsprachige Information für diejenigen, die der deutschen Sprache (noch) nicht mächtig sind.

Kurzum: politische Partizipation kann nur im Kontext der breiten gesellschaftlichen Teilhabe (sozial, kulturell, politische Bildung) gelingen.

Was kann also konkret gemacht werden?

Mittlerweile gibt es eine Reihe von konkreten Vorschlägen für die „Verwirklichung politischer Partizipation“. Ich nenne nur einige Lösungsansätze, um die Reichweite des Themas zu illustrieren:

- Paradigmenwechsel in der Migrations- und Integrationspolitik: Darüber habe ich vorhin gesprochen.
- Gesetzliche Reformen: wir brauchen u.a. ein Bundespartizipations- und Integrationsgesetz, um das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu ergänzen. Die Einbürgerung muss wesentlich erleichtert werden. Die Dauer des „rechtmäßigen“ Aufenthalts in Deutschland für die Einbürgerung soll deutlich reduziert werden, die Sicherung des Lebensunterhalts als Voraussetzung der Einbürgerung sollte ersatzlos gestrichen werden und die Erfordernisse für Deutschkenntnisse sollen ebenfalls reduziert werden. Außerdem soll das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger\*innen gewährleistet werden.
- Interkulturelle Öffnung von Parteien, Verwaltungen und Institutionen: Dies hat drei Dimensionen: 1. Vielfalt als gelebte Organisationskultur, 2. Vertretung von Menschen mit Migrationsgeschichte gemäß ihres Anteils in der Gesellschaft, auch auf den Führungsebenen, 3. Angemessene Leistungen und Angebote für Menschen aus verschiedenen Kulturen und mit unterschiedlichen Sozialisationen.
- Einbeziehung von Migrant\*innenorganisationen in die Entscheidungsprozesse: Migrant\*innenorganisationen sind Bezugsinstanzen für viele Migrant\*innen und Geflüchtete, sind Experten des Alltagslebens dieser Menschen und können am besten die Erfolgsaussichten von Maßnahmen und Projekten im Migrationsbereich einschätzen. Sie können die Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppe gut artikulieren. Es ist nicht nur ein Demokratiedefizit, wenn sie in politische Entscheidungen bezüglich der Integrationspolitik nicht einbezogen werden, sondern auch eine riesige Ressourcenverschwendung.  
In diesem Zusammenhang ein Wort zu unserem Dachverband NeMO: Das Besondere an NeMO ist, dass er und seine Verbänden in den Städten herkunfts- und kulturübergreifend sind und der Bundesverband einen starken Bezug zur kommunalen Ebene „vor Ort“ hat. Dadurch hat NeMO geeignete Strukturen für die Inklusion.
- Erweiterung gesellschaftlicher Teilhabe, da politische Partizipation – wie gesagt – nur gelingen kann, wenn gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe v. a. an der Bildung, Kultur und Arbeitswelt vorhanden ist.
- Schließlich brauchen wir Visionen für Migrationsarbeit. Helmut Schmidt hat einst gesagt: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“. Dieses Zitat zeigt, dass auch große Staatsmänner sich irren. Wenn wir die bestehenden Strukturen verändern wollen – und das ist in der Migrationsarbeit in Deutschland definitiv der Fall – müssen wir Visionen entwickeln, wie ein diskriminierungsfreies gleichberechtigtes Zusammenleben ermöglicht werden kann. Eine solche Vision ist dann ein Kompass und zugleich eine starke Motivation für die praktische Arbeit. Erich Fromm meinte zu Recht: "Wenn das Leben keine Vision hat, nach der man sich sehnt, dann gibt es

auch kein Motiv, sich anzustrengen." Übrigens können auch Rechtspopulisten ohne Vision ihre Basis nicht mobilisieren. Ihre Vision ist ein rückwärtsgewandter sich gegen Fremde abschottender Nationalstaat mit einer klaren „Leitkultur“.

Meine Damen und Herren!

Trotz aller bisherigen Fortschritte haben wir für die Verwirklichung einer realen politischen Partizipation von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte einen sehr langen und steinigen Weg vor uns. Der Aufstieg des Rechtspopulismus und Alltagsrassismus in Deutschland und Europa ist eine große Herausforderung. Der aktuelle Angriff auf Geflüchtete ist der Angriff gegen das schwächste Glied von Zuwanderer\*innen, um den politischen Diskurs über die Einwanderungsgesellschaft infrage zu stellen. Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte sowie ihre Initiativen und Organisationen sind noch nicht stark genug. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen sind Reformen notwendig, um politische Partizipation zu realisieren.

Also für die Verwirklichung einer Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrem sozialen Stand tatsächlich gleichberechtigt sind, brauchen wir einen sehr langen Atem. Es wird viele Rückschläge und Enttäuschungen geben. Trotz allem gilt nach wie vor die Prämisse: Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!